Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nr. 1 Ngr. — Auflage: 20,000 Exemplare.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inseratenannahme Marienstraße 13 expedirend bis Abends 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Abends 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 1½ Ngr. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nachtägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. 10 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr. 66. Achtzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Freitag, 7. März 1873.

Politisches.

Beide königliche Prinzen erschienen gestern in der 1. Kammer, um ihre Stimmen für die Veränderung der Verfassung (freie Präsidentenwahl, Adreßrecht u. s. w.) abzugeben. Doch auch diese Thatsache änderte den Sinn der Mehrheit nicht: sie lehnte mit 22 gegen 18 Stimmen die Aenderung ab. Nachdem sie einmal Nein gesagt, konnte sie gestern kaum Ja sagen — aber daß sie zuerst Nein gesagt, erkennt sie gewiß als politischen Fehler an. Die Folgen wird die 1. Kr. selbst zu tragen haben. Die Rede des Grafen Hohenthal athmete freilich ungebrochnen Muth und Ueberzeugungstreue.

Die Berliner Droschkenbesitzer unterhandeln; damit ist Aussicht, daß die schlimmsten Zeiten für Berlin vorüber sind. Die Droschkenvereine von Wien und London sollen die Berliner in ihrem Widerstande ermuntert und auch mit Geldmitteln unterstützt haben. Namentlich möchten sie dahin streben, daß das öffentliche Fuhrwesen der polizeilichen Controle entnommen werde. In diesem Punkte würden die Berliner Fuhrwerksbesitzer durchaus nicht auf die Unterstützung des Publikums rechnen dürfen, das, der Willkür der Rosselenker ohnehin preisgegeben, recht sehr eine schärfere Polizeicontrole ersehnt. Man hat berechnet, daß die Berliner Droschkenbesitzer durch ihren Streik (so wollen wir in Zukunft dieses uns leider viel zu häufig unter die Feder kommende Wort schreiben) täglich 13—15,000 Thlr. an Einnahmen einbüßen. — Lasker ist soweit wiederhergestellt, daß er bereits einer Sitzung der Eisenbahnuntersuchungscommission beiwohnen konnte; die Voruntersuchung gegen Wagener ist geschlossen, es wird nun an das Staatsministerium Vortrag erstattet, ob gegen ihn die Disciplinaruntersuchung eingeleitet werden soll. Ueber die zukünftige Behandlung des Eisenbahn-Concessionswesens durch das Reich werden verschiedene Angaben verbreitet. Wenn die Lesart der Spener'schen Ztg. richtig ist, soll das Reich eine Appellationsinstanz in Eisenbahnconcessionssachen bilden. In dieser Beschränkung läge ein anerkennenswerther Fortschritt. — Binnen Jahresfrist ist ein dritter Börsen-Nabob, der Berliner Commerzienrath Krause, geadelt, richtiger gesagt, in den Adelsstand erhoben worden. — Gegen die Erhöhung der Diäten der preußischen Abgeordneten von 3 auf 5 Thlr. haben sich die Conservativen ausgesprochen, natürlich ohne Erfolg. Einer der ihren, v. Wedell, meinte, wer in Berlin bescheiden lebe und auf die Genüsse der Hauptstadt verzichte, komme recht gut mit 3 Thlrn. aus. Wie er das anfängt, ohne, wie der selige Försterling, sich von Kuhkäse und Pöllingen zu nähren, das leuchtete den anderen Abgeordneten nicht recht ein, sie führten an, daß in Oesterreich ein Abg. täglich 6 Thlr. 20 Gr., in Frankreich 25 Francs erhalte. Es ging in dieser Debatte recht munter zu, es regnete förmlich Ordnungsrufe. Ein Conservativer sagte: Diäten zögen den gewerbsmäßigen Parlamentarismus groß, worauf Richter erwiderte: das sei pure Heuchelei, denn die Conservativen schwänzten die Sitzungen regelmäßig und ließen sich doch die Diäten zahlen; worauf v. Gottberg Nichtern Skandalsucht vorwarf. Der Präsident Forkenbeck hatte nach links und rechts seine Ordnungsruf-Blitze zu werfen.

Thiers hat wieder das große Kunststück fertig gebracht, zwei Stunden hintereinander Dasselbe in anderen Tonarten zu wiederholen, die Republikaner zu streicheln und die Monarchisten zu reizen, um dann wieder die letzteren zu begütigen und die ersteren zu erzürnen, Hoffnungen und Befürchtungen links wie rechts zu erwecken, kurz, die Deputirten wie große Kinder zu behandeln. Die Hauptsache bleibt immer der durchschlagende Erfolg, den er mit diesem abgebrauchten Manöver regelmäßig erzielt.

Die spanischen Cortes wollen noch das Gesetz über Abschaffung der Sclaverei in Portorico erledigen, sich dann vertagen und eine Permanenz-Commission ernennen. Am 10. April sollen Neuwahlen vorgenommen werden, die den Zusammentritt derjenigen Landesvertretung, die über die künftige Regierungsform Spaniens definitiv entscheiden soll, auf den 1. Mai ermöglichen. Um den rothen Revolutionären entgegenzutreten, zum Zweck einer wechselseitigen Vertheidigung des Privateigenthums, organisiren sich die Bürger Madrids ohne Ansehen der Parteiunterschiede militärisch. Zur Unterdrückung der Carlisten werden Freiwilligenbataillone gebildet; trotz aller Siege über die Carlisten treten diese jedoch nur um so kecker auf, bedrohen Rampelona, erklären eine Reihe Städte in Belagerungszustand, weil diese Don Carlos nicht als König anerkennen wollen, und streifen bis zum Escurial. Die edle Majestät des Don Carlos, ein wahrer Versteck-König, hält sich in feiger Verborgenheit.

In Portugal reizt die Internationale die Tabaksarbeiter zum Strike. Auf den von der Commune in Paris her wohlbekannten General Cluseret wird von der Polizei scharf gefahndet.

Der nordamerikanische Präsident Grant hat eine recht wohlklingende Botschaft erlassen, die freilich mit den Thatsachen in scharfem Widerspruch steht. In einem Athem versichert Grant, daß Gott die Welt darauf vorbereite, eine Nation zu werden, die ein und dieselbe Sprache rede, keines Heeres und keiner Flotte bedürfe — und gleichzeitig predigt er den Krieg gegen die Indianer bis zu deren Vertilgung. Dem lieben Gott sind die Rothhäute ebenso lieb, als die Blaßgesichter. Wenn Grant aber die Ländergier der Vereinigten Staaten damit beschönigt, daß dann die stehenden Heere aufhören, so ist das ein curioses Mittel in einem Augenblicke, wo er den Bürgerkrieg auf Cuba schürt und die hawaischen Inseln als Flottenstation annectirt.

Einer eigenthümlichen Industrie befleißigen sich die jungen Engländerinnen. Die jeder Evastochter angeborene Coquetterie verwenden sie, um junge wohlhabende Männer anzulocken, denen sie ein schriftliches Eheversprechen abschmeicheln. Dann zeigen sie den Männern an, daß die Verwandtschaft die Ehe nicht zugiebt; ein Briefwechsel entsteht, der den Bewerber vollends abschreckt. Dann folgt eine Klage auf Rücktritt vom Eheversprechen, der Bewerber kommt vor die Geschworenen, die ihn je nach seinen Vermögensverhältnissen verurtheilen, 500—2500 Pfund Reugeld an die Klägerin zu zahlen.

Die Feinschmecker wird es interessiren, daß die Störe und Hausen im kaspischen Meere, die den Astrachaner Caviar liefern, in bedenklicher Abnahme begriffen sind. Die früher so häufigen Riesenfische sind ganz verschwunden. Die russischen Zeitungen dringen darauf, um nicht den höchst bedeutenden Caviarhandel gründlich ruiniren zu lassen, daß die bisher gänzlich fehlende Schonzeit für diese kostbaren Fische eingeführt werde.

Locales und Sächsisches.

— Landtag. Auf eine Anfrage des Abg. Meinhold in der 1. Kr. über die Maßregeln zum Schutze des k. Museums gegen Feuersgefahr erwiderte der Minister v. Friesen, daß die 29 Fenster der 1. Etage mit eisernen Rolljalousien, die Säle, worin die Madonnen stehen, mit eisernen Läden geschützt würden; alle allgemeinen Maßregeln zur Abwendung der Feuersgefahr seien getroffen; sie würden im Laufe des Sommers durch Maßregeln gegen Gefahren, die aus der Nähe des Hoftheaters entstünden, vervollständigt werden; ob man einen Telegraphendraht vom Museum nach der nächsten Feuerstation legen solle, werde noch erörtert. — Nachdem die Kammer sodann eine große Anzahl Petitionen erledigt, darunter eine über die Würschnitzer Knappschaftskasse auf Grund des von dem hierin sachkundigen Baron v. Burgk erstatteten Berichts der Regierung zur Berücksichtigung übergeben hatte, kam die mit großer Spannung erwartete Angelegenheit: Revision der Verfassungsurkunde daran. Graf Hohenthal entledigte sich der schwierigen Pflicht, in dieser undankbaren Frage zu referiren, mit aristokratischer Haltung. Er betonte, daß gegenüber dem Geschrei nach Abschaffung der 1. Kr. dieselbe Farbe zu bekennen und für das Prinzip des Conservatismus einzutreten, die Verfassung gegen fortwährendes Rütteln zu schützen habe, damit, wenn man eine Verfassungsrevision in großem Style vornehmen wolle, man wisse, wessen man sich von der 1. Kr. zu versehen habe. Nie sei diese eine Barrikade gegen wirklichen Fortschritt gewesen, sie habe das liberale Wahlgesetz für die 2. Kr. durchgerissen, das er persönlich gern noch zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht erweitert gesehn hätte; sie habe ferner das Kirchenpatronat beschränkt, das Schulcollaturrecht aufgegeben und der Reorganisation der Verwaltung zugestimmt. Den Vorschlag Schaffrath's in der Vereinigungsdeputation: die 1. Kr. solle die Verfassungsveränderung genehmigen, jedoch unter der Voraussetzung, daß diese Aenderung erst nach Verabschiedung einer neuen Landtagsordnung eintrete, könne sie aber zu ihrem Bedauern nicht annehmen. Das Land werde alles Zutrauen zur Selbstständigkeit der 1. Kr. verlieren, wenn diese am Sonnabend die Verfassungsveränderung erst ablehne und am Donnerstag wieder annehme, ohne daß die Situation verändert sei. Ein Nachgeben der 1. Kr. würde deren Gegner nicht versöhnen, die Conservativen nur enttäuschen. Die Regierung werde schon noch der 1. Kr. bedürfen, wenn der ganze Schwerpunkt des politischen Lebens in die 2. Kr. gelegt würde. Wenn wegen dieses Beschlusses die Conservativen für die Wahlen in die 2. Kr. bangten, so müsse man lieber diese ganze Partei und das Land aufgeben. Die öffentliche Meinung sei aber nicht gegen die 1. Kr., wenigstens nicht die Mehrheit der Denkenden. Traurig genug sei es, daß das Land indifferent sei. Man lese lieber die Börsencourse, als politische Artikel. Nur die Socialdemokraten verfolgten mit großem Interesse die politischen Vorgänge. Aber die Streitfrage, wer die Präsidenten der 2. Kr. zu erwählen habe, sei dieser Partei ganz gleichgiltig. Sie sähe höchstens vergnügt zu, wie die Liberalen ihr vorarbeiten, und denke: Nicht blos weg mit der 1., sondern auch weg mit der liberalen 2. Kr.! — Schließlich verwahrt Graf Hohenthal die 1. Kr. dagegen, als habe sie auf Sturz des Ministers v. Nostitz gesonnen. Er beantrage daher: Feststehen! Die Kr. solle sich nicht selbst vernichten. — Bürgermeister Löhr tritt von seiner früheren Abstimmung zurück; die Kr. habe erst beschlossen, die Verfassungsveränderung zur Zeit abzulehnen; da dieser Beschluß nirgends Beifall gefunden, stimme er jetzt für die Aenderung. Der Minister v. Nostitz glaubt auch nicht, daß die 1. Kr. seinen Sturz geplant, schon da der Anlaß dazu kein glücklich gewählter gewesen. Er begreift es, daß man vom Sonnabend bis Donnerstag seine Grundsätze nicht ändern könne, da aber die Kr. die Ablehnung nur „zur Zeit" beschlossen, so würde sie ihrer Würde nichts vergeben, wenn sie, nachdem sie den Eindruck ihres Beschlusses erkannt, die Zeit zur Aenderung für gekommen erachte. Wo die Mehrheit der Denkenden sei, darüber ließen sich freilich nicht statistische Erörterungen anstellen; aber das wisse er: unberechtigten Forderungen könne man am besten begegnen, wenn man berechtigten Rechnung trage. Nach langer Debatte über die Abstimmungsart lehnen folgende 22 Herren die Verfassungsveränderung abermals ab: v. Schütz, beide Watzdorfs, die Grafen Wilking, Einsiedel, Ker und Hohenthal, v. Stammer, v. Miltitz, v. Sahr, v. Böblau, v. Egidy, v. Ferber, v. Posern, Dr. v. Falkenstein, Meinhold, Seiler, v. Burgk, v. Metzsch, Hempel, v. d. Planitz, v. Zehmen. Für die Verfassungsänderung stimmen: die beiden Prinzen, v. Bose, sämmtliche Bürgermeister: Pistorius, Löhr, Hirschberg, Müller, Dr. Koch, Claus, Hennig, Martini, Bischof Forwerk, Superintendent Lechler, Graf Schönburg, v. König, Präs. Nitzke, Kraft, Demmer.

— Die 2. Kr. erledigte viele Petitionen. Auf Antrag des Abg. Körner wurde die Regierung ersucht, das Gesetz über die Theilbarkeit des Grundeigenthums betr., zu revidiren und zu erwägen, ob und inwieweit gewisse Erleichterungen in Bezug auf Theilbarkeit des ländlichen Grundeigenthums zu bewirken sind, auch ein Gesetz des Inhalts auszuarbeiten, daß die Regulirung der Steuern und Abgaben nicht vor, sondern nach dem Eintrage in das Grund- und Hypothekenbuch geschehe. Der Minister v. Nostitz sagte die Vornahme der erforderlichen Erörterungen zu und bekämpfte einen Antrag des Advokaten Krause, wornach das Gesetz über Theilbarkeit des Grundeigenthums aufgehoben werden sollte. Dieser Antrag, der nur den Güterschlächtern und Advocaten Vortheile geboten hätte, wurde abgelehnt.

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten, am 5. März. Unter den Registranden eingängen ist außer einem Schreiben des Appellationsgerichts, welches dem Collegium die durch den König genehmigte Einberufung des Herrn Justizraths Wehlinger aus Zwickau als Bezirksgerichtsdirector für hier an Stelle des Herrn Oberappellationsgerichtsraths Reichard mittheilt, nichts hervorzuheben. Zur feierlichen Einweisung des Herrn Bezirksgerichtsdirectors und Justizraths Wehlinger ist der 8. d. M. angesetzt und werden derselben die Herren Stadtv. Hofrath Ackermann, Beyer und Fröhner beiwohnen. Als dringlich erscheint angesichts des nahen Schlusses des Landtags eine Petition des Stadtraths an die 1. Kammer, die Verlegung der Justizneubauten betr., welche befürwortet, die Justizneubauten nicht auf den Holzhof, wie die 2. Kammer beschlossen, zu legen, sondern die Erweiterung und Vergrößerung auf der Stelle, wo die Justizgebäude jetzt stehen, auszuführen. Nach umfänglicher Debatte beschließt das Collegium, dem stadträthlichen Petitum beizutreten. Eine Remunerirung dreier Hilfsexpedienten und eines Hilfsboten bei der Einquartirungsbehörde für den Monat Januar 1873 wird einstimmig ausgesprochen. Der Finanzausschuß berichtet durch Stadtv. Richter über die pro 1873 projectirten Erweiterungen der öffentlichen Gasbeleuchtung. Es sind sehr viele Straßen in's Auge gefaßt worden, die theils noch gar nicht bebaut sind, aber, um spätere Kosten und Weitläufigkeiten zu vermeiden, schon jetzt berohrt werden sollen, und Straßen, bei denen es sich um Ergänzungen von Laternen handelt. Der Stadtrath hat zu Ausführung dieser Beleuchtungs-Erweiterungen incl. der Beleuchtung der Umgebung des Albert-Theaters (307 neue Flammen) 43,833 Thlr. 20 Ngr. a conto der diesjährigen Betriebsüberschüsse der Gasanstalt verlangt. Die lange Debatte gipfelt gewissermaßen in dem Göthe'schen Ausruf: „Mehr Licht!" und ist bei den vielen lichtfreundlichen Meinungen und Anträgen zu verhoffen, daß der Stadtrath in alle Winkel Dresdens Licht bringen wird. — Eine lebenslängliche Unterstützung von monatlich 6 Thlrn. für den invalid gewordenen Hausmann im Neustädter Rathhaus wird genehmigt; ingleichen die Mitvollziehung des Kaufvertrags betreffs des zum Bau der Gemeindeschule an der Pestalozzistraße vom Ehrlichschen Stift erworbenen Areals. — Ein Bericht des Rechts- und Verwaltungsausschusses (Ref. Schulrathsführer Hendel) über die Abgabepflichtigkeit des Grundstücks der hiesigen Telegraphendirection (Waisenhausstraße 2) führt zu dem Beschlusse, der stadträthlichen Ansicht, dieses Grundstück von den städtischen Abgaben frei zu lassen, nicht beizustimmen. Man stützt sich dabei auf den Inhalt des 1867 zwischen Preußen und Sachsen hinsichtlich des Telegraphenwesens abgeschlossenen Vertrags. — Wir haben schon davon gesprochen, daß der Stadtrath beabsichtigt, die Rathstöchterschule als „höhere städtische Töchterschule" unter die Auspicien der Stadtgemeinde zu nehmen und zu Herstellung eines gesund gelegenen, mit Spielplatz und Turnsaal versehenen Schulgebäudes, insoweit dazu das Stiftungsvermögen der Schule nicht ausreichend ist, aus dem städtischen Vermögen einen Beistand zu leisten. Stadtv. Schuldirector Berthelt spricht gegen die Vergrößerung und so weittragende Unterstützung gerade dieser Schule, während bei manchen andern Schulen viel Dringlicheres zu verbessern wäre und ein Bedürfniß zu Vergrößerung schon gar nicht vorliege, weil sie nur wenig über die Hälfte mit Schülerinnen gefüllt sei. Auch spricht er mit Wärme gegen die Klust, die diese Schule durch die Bezeichnung Rathstöchterschule von den andern Mädchenschulen trenne; er erinnerte dabei an das bekannte lächerliche Wort: „Der Mensch fängt erst beim Baron an." Man solle diese Schule vielleicht höhere Mädchenschule, aber nicht höhere Töchterschule nennen, denn die andern Schülerinnen unserer Mädchenschulen seien doch alle, ob von einem Rathsherrn oder Tischler gezeugt, auch Töchter! Es erhoben sich mehrere mit ihm sympathisirende Stimmen, während Stadtv. Siegel Alles zu widerlegen bemüht ist. Stadtv. Chalybäus will diese Schule als Mädchenrealschule betrachtet wissen. Stadtv. Fröhner wünscht zunächst zu wissen, welchen Charakter die Schule haben soll hinsichtlich des Lehrsystems und beantragt die Beschlußfassung über diesen Gegenstand auszusetzen. Dieser Antrag findet mit 41 gegen 14 Stimmen Annahme. — Der Finanzausschuß schlägt die Gehaltserhöhung des Stadtkrankenhauspredigers vor, welche Zustimmung findet; der Bau einer Hauptschleuse unter dem Bett der Prießnitz auf die Länge vom Elbufer bis zur sogenannten Badebrücke und die dazu erforderlichen Mittel im Betrage von 5530 Thlr. finden gleichfalls Genehmigung, doch behält sich das Collegium die Entschließung über die Durchführung vor. Von der Erleuchtung der Rathhausuhren sieht der Stadtrath definitiv ab, wird aber ehebaldigst dem Collegium Vorschläge über Aufstellung von erleuchteten Uhren unterbreiten; die neuaufzustellenden Uhren werden wahrscheinlich nach Art der in Mainz vorhandenen, in Candelaberform erscheinen und nur erleuchtete Zifferblätter haben, deren Zeiger durch eine Normaluhr in Umlauf gesetzt werden. 60 solche Uhren herzustellen würden mit der Normaluhr ungefähr 6000 Thlr. kosten. Zur Deckung des Aufwandes des Terrassendurchbruchs bewilligt das Collegium 21,500 Thlr. à